

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 25.08.2005**

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 17:57 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsfrau Monika Hoffmann

ANWESENDE:

### **SPD**

Beigeordneter Horst Jahnke  
Ratsfrau Regina Meinen  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Beigeordneter Johann Südhoff

### **CDU**

Ratsfrau Monika Hoffmann  
Beigeordneter Heinz Werner Janßen  
Ratsherr Hinrich Odinga

für Ratsherr Reinhard Hegewald

### **FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Beigeordneter Erich Bolinius  
Ratsherr Roland Riese

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Bernd Renken

### **Von der Verwaltung**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann  
Erster Stadtrat Martin Lutz  
Stadtangestellter Tom Sprengelmeyer, FBL 600  
Stadtamtsrat Wilhelm Büusker, FD 210  
Stadtamtsrätin Beate Stomberg, FD 220  
Stadtamtsrat Albert Baumann, B 806  
Stadtangestellter Dietmar Grabowski, FD 212  
Stadtangestellter Rainer Berghaus, 103  
Stadtamtmann Martin Wegbänder, FD 220 (Protokollführung)

### **Gäste**

2 Vertreter der örtlichen Presse

### **Zuhörer: 2**

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Hoffmann** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

**Frau Hoffmann** teilt mit, Herr Lutz bittet den Tagesordnungspunkt 6 „Quartalsbericht“ vor dem Tagesordnungspunkt 5 „Nachtragshaushalt“ zu behandeln.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 25.08.2005**

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.07.2005

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.07.2005 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es liegen keine Fragen der Zuhörer vor.

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 5** Vorlage 14/1812-00  
Quartalsbericht für das II. Quartal 2005

**Herr Berghaus** stellt die Zahlen und Zusammenhänge kurz vor. Nach derzeitigem Stand werde zum Jahresende mit einem Defizit in Höhe von 7,77 Mio. € gerechnet. Dies entspräche einer Steigerung um ca. 2,66 Mio. € gegenüber dem in der Haushaltssatzung für 2005 ausgewiesenen Defizit.

**Herr Lutz** verweist darauf, im Rahmen des letzten Quartalsberichtes sei man noch von einem Defizit in Höhe von 9,9 Mio. € ausgegangen. Es werde somit deutlich, dass die getroffenen Sparmaßnahmen, z. B. die Verfügung einer Wiederbesetzungssperre, bereits greifen würden. Ziel bleibe es jedoch, das in der Haushaltssatzung dargestellte Defizit am Jahresende nicht zu überschreiten. Es gebe durchaus noch Einsparungspotentiale.

**Herr Jahnke** fragt danach, ob auch bei der Stadt Emden entsprechend dem allgemeinen Trend die Steuereinnahmen steigen würden. Daneben sei ihm nicht klar, wie durch den Wegfall der Winterregelung bei der Schülerbeförderung ein Betrag in Höhe von 60.000 € eingespart werden könne.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, die Einsparung in Höhe von 60.000 € ergebe sich insgesamt im Bereich der Schülerbeförderung. Die Winterregelung mache dabei nur einen Teil aus.

Nach Ansicht von **Herrn Ammersken** müsse die Stadt nach wie vor an einem strikten Sparkurs festhalten. Dabei dürfe es auch keine Tabus geben. Ihn interessiere, weshalb trotz der aktuell günstigeren Prognose die Höchstsumme der zulässigen Kassenkredite angehoben werden solle.

Bezüglich der Steuereinnahmen geht **Herr Lutz** nochmals auf die besondere Situation der Stadt ein. Er rechne nicht damit, dass die im Haushaltsplan veranschlagten Einnahmen in voller Höhe eingehen werden. Die Anhebung des Höchstbetrages der Kassenkredite schlage er vor, um zum einen auf die Schwankungen am Kreditmarkt flexibler reagieren zu können. Zum anderen sei aufgrund der verschiedenen Fälligkeiten der Zahlungsverpflichtungen wie auch der Einnahmen der Bedarf an Kassenkrediten zeitweise deutlich höher als das reine Haushaltsdefizit.

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 25.08.2005**

Auch **Herr Janßen** verdeutlicht, der Zwang zu Sparmaßnahmen bleibe weiterhin bestehen.

**Herr Bolinius** fragt nach zu erwartenden Mehrausgaben aufgrund der angekündigten Energiekostensteigerungen sowie im Hinblick auf die aktuelle Berichterstattung zu Maßnahmen zur Kostenreduzierung im VW-Konzern, ob die Verwaltungsführung bereits über nähere Informationen zum Werk Emden verfügen würde.

**Herr Brinkmann** erklärt, die heutigen Meldungen zum VW-Konzern seien zwar besorgniserregend, dennoch solle man sich jetzt nicht verrückt machen lassen. Die Stadt Emden habe alles dazu beigetragen, ein positives Umfeld zu schaffen. Für das VW-Werk in Emden sei für die Zukunft entscheidend, ob es ein weiteres Produkt bekomme. Er sei zuversichtlich, dass es der örtlichen Werksleitung zusammen mit dem Betriebsrat und den Beschäftigten gelinge, im Rahmen der geforderten Kostenreduzierung voranzukommen. Auf längere Sicht werde es allen VW-Standorten zugute kommen, wenn es dem Konzern gelinge, seine Kosten zu reduzieren. Ein konkretes Gespräch mit der Werksleitung und der IG Metall habe er in der Kürze der Zeit noch nicht führen können.

Zu den Energiekosten berichtet **Herr Lutz**, derzeit werde mit Mehrbelastungen in Höhe von 25.000 bis 35.000 € + ca. 150.000 € für die Kosten der Unterkunft für den Rest des Jahres gerechnet. Diese Mehrkosten seien noch nicht in dem vorgelegten Quartalsbericht enthalten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 6 Vorlage 14/1811-00  
Nachtragshaushaltssatzung 2005

**Herr Lutz** führt aus, die Änderungen der §§ 1 und 3 der Haushaltssatzung bezögen sich ausschließlich auf den Wirtschaftplan des Betriebes 806 Optimierter Regiebetrieb Gebäudewirtschaft und wären Voraussetzung für die Umsetzung der im Juni vom Rat beschlossenen Schulbaumaßnahmen. Da leider noch keine Bescheide des Kultusministeriums über die Förderanträge vorlägen, könnten auch noch keine Baukosten als Ansatz veranschlagt werden. Um jedoch schnell reagieren zu können, würden diese Kosten über die Verpflichtungsermächtigungen abgesichert. Die Erhöhung der Ausgaben sei für die jetzt vorzunehmende Detailplanung incl. Bauantragstellung erforderlich. Die Erhöhung des Höchstbetrages der Kassenkredite sei erforderlich, wie bereits zuvor ausgeführt, um einen größeren Bewegungsspielraum am Kreditmarkt zu bekommen. Die Stadt bewege sich diesbezüglich jedoch noch immer im Bereich der Genehmigungsfreiheit. Dies könnten nicht viele Städte von sich behaupten. Abschließend verweist er auf die der Niederschrift beigefügten Darstellungen.

**Herr Brinkmann** verdeutlicht, trotz der aktuellen problematischen Finanzlage sei die Stadt noch immer in der Lage, ein derart großes Schulbauprogramm zu realisieren. Dies zeigt einmal mehr, dass auch große Projekte geschultert werden könnten, wenn Rat und Verwaltung sich einig seien und gemeinsam handeln würden. Gleichwohl sei man sich bewusst, dass der Bedarf in den Schulen wie auch im Straßenbau noch deutlich höher sei.

Nach Aussage von **Herrn Renken** wird seine Fraktion der Nachtragssatzung zustimmen. Er betont, wesentlicher Bestandteil der Schulbauprojekte sei das Förderprogramm der Bundesregierung. Wobei ihn jedoch verwundere, warum noch keine Bescheide vorlägen.

## **Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 25.08.2005**

**Herr Jahnke** deutet an, auch die SPD-Fraktion werde dem Nachtrag zustimmen. Die Verwunderung von Herrn Renken könne er nachvollziehen, da das Land doch lediglich die Bundesmittel weiterzureichen habe. Er fragt, ob es stimme, dass für einige Bezirke in Niedersachsen sämtliche Anträge genehmigt würden.

Die FDP-Fraktion werde, so **Herr Bolinius**, der Nachtragssatzung ebenfalls zustimmen. Von dem Gerücht einer Bevorzugung habe er auch gehört. Wenn dies den Tatsachen entspreche, wäre das eine schlimme Sache.

**Herr Janßen** hält nichts davon, wenn jetzt spekuliert und Wahlkampf gemacht werde. Der Rat habe das Schulbauprogramm beschlossen. Damit werde man nun auch dem Nachtrag zustimmen.

**Herr Lutz** antwortet, es gebe nach wie vor einen intensiven Kontakt mit dem Kultusministerium. Ebenso habe man bereits einen Gesprächstermin mit dem Kultusminister vereinbart. Er sei guter Hoffnung, dass auch das JAG noch berücksichtigt werde. Inwieweit die Gerüchte um eine Bevorzugung bestimmter Gebiete der Realität entsprächen, könne er nicht beurteilen. Er werde sich zumindest für die Stadt Emden stark machen.

**Beschluss:** Dem Rat wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14/1811-00 als Anlage 1 beigefügte erste Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2005

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 7** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Lutz** verweist auf die in der Sitzung verteilten Leitkennzahlen zu den Zielaussagen der Fachbereiche als Nachtrag zur Beschlussvorlage T 14/1756-00.

**Herr Lutz** möchte die Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung zu neuen Gesprächen einladen. Er bittet ihm mitzuteilen, ob sich seitens der Fraktionen Änderungen in der personellen Zusammensetzung der Arbeitsgruppe ergäben.

**Punkt : 8** Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Frau Hoffmann schließt um 17.57 Uhr die Sitzung.